

URGENT ACTION

ALEXEJ NAWALNY ZU HAFTSTRAFE VERURTEILT

RUSSISCHE FÖDERATION

UA-Nr: **UA-006/2021-1** AI-Index: **EUR 46/3634/2021** Datum: **5. Februar 2021** – ak

ALEXEJ NAWALNY

Wegen „Verletzung der Bewährungsauflagen“ verhängte ein Gericht in Russland am 2. Februar eine Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten gegen den prominenten Antikorruptionsaktivisten und Oppositionspolitiker Alexej Nawalny. Tausende der zahlreichen Teilnehmer_innen an regelmäßigen Protesten zu seiner Unterstützung wurden willkürlich inhaftiert und misshandelt. Alexej Nawalny muss sofort und bedingungslos freigelassen werden.

Der russische Politiker Alexej Nawalny ist ein prominenter Kreml-Kritiker und setzt sich für die Korruptionsbekämpfung ein. Er wurde am 17. Januar festgenommen und später zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt. Ihm wird vorgeworfen, gegen die Meldeauflagen aus einem früheren Strafprozess verstoßen zu haben.

Amnesty International betrachtet die Festnahme und Inhaftierung von Alexej Nawalny als willkürlich und politisch motiviert. Der ihm vorgeworfene mutmaßliche Verstoß gegen Bewährungsauflagen bezieht sich auf eine Verurteilung in einem Strafverfahren, das vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 2019 ebenfalls als politisch motiviert eingestuft wurde. Das Urteil verpflichtete den Oppositionspolitiker, sich regelmäßig bei der Bewährungsstelle zu melden, was ihm während seines Aufenthalts in Deutschland zur medizinischen Behandlung nicht möglich war.

Wie viele andere Personen in Russland wurde Alexej Nawalny wegen seines friedlichen politischen Aktivismus‘ und weil er sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnimmt, willkürlich ins Visier genommen und inhaftiert. Er muss umgehend und bedingungslos freigelassen werden.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Im Jahr 2011 gründete Alexej Nawalny seine Stiftung zur Korruptionsbekämpfung (FBK), die bereits zahlreiche Berichte über mutmaßliche Korruption unter hochrangigen russischen Regierungsangehörigen sowie Politiker_innen und Geschäftsleuten veröffentlicht hat. Für diese Arbeit sind Alexej Nawalny und andere FBK-Angestellte und -Unterstützer_innen in der Vergangenheit gezielt schikaniert worden, z. B. durch konstruierten Straf- und Verwaltungsanklagen, polizeiliche Durchsuchungen, tätliche Gewalt und selektiven Einzug zum Wehrdienst.

Alexej Nawalny wurde 2014 politisch motivierter Betrugsanklagen für schuldig befunden und zu dreieinhalb Jahren auf Bewährung verurteilt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) entschied 2019, dass die Strafverfolgung von Alexej Nawalny politisch motiviert war und sein Hausarrest vor dem Verfahren als willkürlich zu betrachten sei (Navalny v. Russia (Nr. 2), Nr. 43734/14). Der russische Oberste Gerichtshof ordnete eine Neuverhandlung an, die jedoch die vom EGMR geforderten Menschenrechtsgarantien nicht einhielt und das ursprüngliche Urteil bestätigte. Die damit einhergehenden Bewährungsauflagen waren bis 30. Dezember 2020 geltend und verlangten, dass sich Alexej Nawalny regelmäßig bei der Bewährungsstelle meldet.

Am 20. August 2020 wurde Alexej Nawalny auf einem Flug von Tomsk (in Sibirien) nach Moskau schwer krank. Das Flugzeug machte eine Notlandung in Omsk, wo er komatös in ein Krankenhaus eingeliefert wurde. Die Diagnose der russischen Ärzt_innen war uneindeutig. Infolge von Forderungen seiner Familie und einer energischen nationalen und internationalen Kampagne wurde Alexej Nawalny am 22. August zur Behandlung nach Berlin geflogen. Präsident Putin behauptete später, die Verlegung sei ihm persönlich zu verdanken. Alexej Nawalnys Zustand besserte sich allmählich und er wurde Ende September zur Rehabilitation aus dem Krankenhaus entlassen.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321. E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Sachverständige aus Deutschland und anderen Ländern kamen zu dem Schluss, dass Alexej Nawalny mit dem Nervengift Nowitschok vergiftet worden war. Nowitschok wird von der Organisation für das Verbot chemischer Waffen als Chemiewaffe eingestuft. Vertreter_innen von Alexej Nawalny haben zahlreiche Versuche unternommen, die russischen Behörden zu einer strafrechtlichen Untersuchung des mutmaßlichen Giftanschlags zu bewegen – bisher ohne Erfolg. Das internationale investigative Recherchenetzwerk Bellingcat hat seine Untersuchungsergebnisse veröffentlicht und kommt zu dem Schluss, dass Angehörige des russischen Geheimdienstes FSB für die Vergiftung von Alexej Nawalny verantwortlich sein könnten.

Noch während er sich von dem Giftanschlag erholte, wurde im Dezember 2020 ein neues Strafverfahren gegen Alexej Nawalny eröffnet, in dem er beschuldigt wurde, Spenden seiner Unterstützer_innen „veruntreut“ zu haben. Am 28. Dezember 2020, zwei Tage vor Auslaufen seiner Bewährungsauflagen, warnte der russische Strafvollzugsdienst FSIN den Oppositionspolitiker, dass er gegen die Auflagen verstoße, da er sich nicht bei der Bewährungsstelle meldete. Die Behörde forderten seine Festnahme und die Umwandlung seiner Bewährungsstrafe in eine dreieinhalbjährige Haftstrafe.

Am 17. Januar wurde Alexej Nawalny im Anschluss an seinen Rückflug nach Moskau bei der Grenzkontrolle am Flughafen festgenommen. Im Januar und Februar fanden in ganz Russland überwiegend friedliche Massendemonstrationen gegen seine Verhaftung statt. Dabei wurden mehr als 11.000 Menschen willkürlich und oft gewaltsam festgenommen. Hunderte von friedlichen Demonstrant_innen wurden nach unfairen Gerichtsverfahren unter „Verwaltungsarrest“ gestellt und unter Bedingungen inhaftiert, die Folter oder anderen Misshandlungen gleichkamen. Eine Reihe von Alexej Nawalyns Vertrauten und prominenten Unterstützer_innen sowie Teilnehmer_innen der Protestkundgebungen sehen sich ebenfalls mit willkürlichen strafrechtlichen Anklagen im Zusammenhang mit den Protesten konfrontiert.

Am 2. Februar gab ein Gericht in Moskau dem Antrag der FSIN statt und verurteilte Alexej Nawalny unter Berücksichtigung seines vorherigen Hausarrests zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und acht Monaten.

SCHREIBEN SIE BITTE

LUFTPOSTBRIEFE, E-MAILS ODER FAXE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Bitte sorgen Sie dafür, dass Alexej Nawalny umgehend und bedingungslos freigelassen wird.
- Stellen Sie bitte sicher, dass die Einschüchterung und Strafverfolgung von Alexej Nawalny und allen anderen Regierungskritiker_innen umgehend beendet wird.

ACHTUNG! Aufgrund der Verbreitung des Coronavirus ist die weltweite Briefzustellung momentan eingeschränkt. Da sich die Zustellung täglich ändern kann, prüfen Sie bitte auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen zum Coronavirus“, ob Briefe im Zielland zugestellt werden. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bis auf Weiteres bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

PRÄSIDENT

Vladimir Vladimirovich Putin
Ilyinka St. 23, 103132 Moscow
RUSSISCHE FÖDERATION
(Anrede: Dear President Putin / Sehr geehrter Herr Präsident)
E-Mail: über die Formulare: <http://en.letters.kremlin.ru/> (Englisch)
und <http://letters.kremlin.ru/letters/send> (Russisch)
Twitter: @KremlinRussia

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER RUSSISCHEN FÖDERATION

S. E. Herrn Sergei J. Netschajew
Unter den Linden 63 - 65
10117 Berlin
Fax: 030-229 93 97
E-Mail: info@russische-botschaft.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Russisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **1. April 2021** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-006/2021** (EUR 46/3564/2021, 21. Januar 2021)

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I urge you to use your authority to ensure Aleksei Navalny's immediate and unconditional release.
- Please put an end to the intimidation and persecution of Aleksei Navalny and all other critics of the Russian authorities.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**

